https://legitim.ch/naechste-psyop-im-anmarsch-umweltberater-der-deutschen-regierung-schlagen-vor-taktiken-aus-der-corona-aera-zu-nutzen-um-das-verhalten-der-menschen-vorsichtig-einzuschraenken/
5.6.2023

Nächste PSYOP im Anmarsch: Umweltberater der deutschen Regierung schlagen vor, Taktiken aus der Corona-Ära zu nutzen, um das Verhalten der Menschen „vorsichtig einzuschränken"

Ein Bericht der deutschen Regierung nennt die Pandemie als Präzedenzfall für die Umweltpolitik. Darin heißt es, dass die Abriegelungen zeigen, dass Verhaltensbeschränkungen möglich sind und mit den richtigen Botschaften eine Mehrheit finden können.

Der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) berät die Bundesregierung seit 50 Jahren in umweltpolitischen Fragen. Der Rat setzt sich aus 7 Professorinnen und Professoren unterschiedlicher Fachrichtungen zusammen. Am 9. Mai hat der SRU der Bundesumweltministerin Steffi Lemke einen zutiefst gruseligen 200-seitigen Bericht vorgelegt.

„Viele Menschen wollen umweltfreundlicher sein, oft scheitert es an der Umsetzung. Mit seinem am 9. Mai veröffentlichten Sonderbericht ermutigt der [SRU] die Politik, die Rahmenbedingungen so umzugestalten, dass Umweltschutz zur naheliegenden Option wird", heißt es in der Pressemitteilung. „Zu diesem Zweck hat der SRU eine Studie vorbereitet, die untersucht, wie Menschen umweltrelevante Entscheidungen treffen und wie die Politik umweltverträgliches Verhalten effektiv und sozialverträglich fördern kann."

In seinem Bericht „analysiert der SRU, wann das Verhalten angegangen werden sollte, welche Maßnahmen geeignet sind und wie diese politisch umgesetzt werden können. Der Bericht gibt Empfehlungen für die konkrete Umsetzung in den Bereichen Fleischkonsum, Smartphones und energetische Sanierung", heißt es auf der SRU-Website.

Für den Moment möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf die Einleitung lenken, die schlimm genug ist. Die Autoren gehen von der Prämisse aus, dass es dem Staat derzeit an „politischen Maßnahmen … umweltrelevantes Verhalten ins Visier zu nehmen" und bekräftigen gemeinsam mit anderen, dass es die Aufgabe des Staates ist, individuelle Entscheidungen in die richtige Richtung zu lenken. Bezeichnenderweise spielen sowohl die Pandemie als auch die durch Sanktionen verursachte europäische Energiekrise eine sehr große Rolle in ihrem Denken:

Auch wenn die zentralen Umweltkrisen wie der Verlust der Biodiversität und der Klimawandel weniger direkt sichtbar und spürbar sind als die Energiekrise und die Pandemie, können Umweltpolitiker aus den teils schmerzhaften, aber auch wichtigen Erfahrungen der letzten Jahre lernen: Verhaltensänderungen in der Bevölkerung können Teil der Lösung für Krisen wie diese sein, und es ist möglich, Maßnahmen zu ergreifen und umzusetzen, die darauf abzielen, Verhaltensweisen zu ändern. ……..

https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2020_2024/2023_5_PM_Umweltfreundliches_Verhalten.html?nn=400216 9.5.2023

Politik sollte umweltfreundliches Verhalten erleichtern, fördern und einfordern

Viele Menschen wollen sich umweltfreundlicher verhalten, oft scheitert es an der Umsetzung. Mit seinem heute veröffentlichten Sondergutachten ermutigt der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) die Politik, die Rahmenbedingungen so umzugestalten, dass Umweltschutz die naheliegende Option wird.

„Wir können die ökologischen Krisen nur eindämmen, wenn alle beitragen.", betont Prof. Annette Elisabeth Töller. „Ob Konsum, private Investitionen oder Freizeitverhalten: Es ist höchste Zeit, dass die Politik umweltfreundliches Verhalten erleichtert, fördert und – wo notwendig – auch einfordert." Dies ist nicht nur eine Aufgabe für die Umweltpolitik, sondern auch für Ressorts wie Verkehr, Energie, Bauen und Ernährung.

Wenn Politik das Alltagshandeln beeinflusst, wird allerdings schnell Kritik laut. „Der Vorwurf der ‚Bevormundungspolitik' greift aber oft zu kurz", sagt Prof. Töller. „Verhalten ist immer von außen beeinflusst, etwa durch Werbung und frühere politische Entscheidungen, derzeit aber häufig zu Lasten der Umwelt." Dass beispielsweise viele Menschen auf das Auto angewiesen sind, hat auch mit der Verkehrspolitik der vergangenen Jahrzehnte zu tun, die zu wenig in öffentlichen Nahverkehr investiert hat. …….

Link zum 222-Seiten Sondergutachten Mai 2023:

Politik in der Pflicht: Umweltfreundliches Verhalten erleichtern.
https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/02_Sondergutachten/2020_2024/2023_05_SG_Umweltfreundliches_Verhalten.pdf?__blob=publicationFile&v=7

(Gutachten-PDF im Anhang)

(BK: ACHTUNG – NOCH EINE Ablenkungs-Psyop unterwegs??)

https://www.ksta.de/panorama/ufo-usa-ausserirdische-flugobjekt-david-charles-grusch-kongress-whistleblower-aliens-weltraum-space-587034
7.6.2023

Ex-Agent sorgt mit Aussage zu „außerirdischem Material" für Wirbel

Die Vorwürfe eines Wissenschaftlers sorgen in den USA für Wirbel: David Charles Grusch, ein Veteran der US-Luftwaffe und ehemaliger Geheimdienstmitarbeiter, der Berichten zufolge im US-Verteidigungsministerium eine Einheit zur Analyse unerklärlicher Phänomene geleitet hat, behauptet, die Vereinigten Staaten verfügten über außerirdische Fluggeräte, also UFOs.

USA angeblich in Besitz von UFOs: „Das Material umfasst intakte und teilweise intakte Fahrzeuge"

Gegenüber dem Tech-Magazin „The Debrief“ erklärte Grusch, entsprechende Informationen würden dem Kongress widerrechtlich vorenthalten. Als er geheime Daten über die vermeintlichen UFOs an Kongressabgeordnete weitergegeben habe, sei er mit „Vergeltungsmaßnahmen von Regierungsbeamten“ überzogen worden, schilderte Grusch. Auch der britische „Guardian“ berichtet über die Aussagen des vermeintlichen „Whistleblowers“.

Die Angaben Gruschs seien von einem aktuellen US-Geheimdienstmitarbeiter, der beim „National Air and Space Intelligence Center“ (Nasic) arbeite, bestätigt worden, berichtete unterdessen „The Debrief“. Demnach habe Jonathan Gray die Existenz „exotischer Materialen“ bestätigt – und hinzugefügt: „Wir sind nicht allein.“

Wissenschaftliche Tests hätten gezeigt, dass es sich nicht um von Menschen gemachtes Material handele, führte Grusch aus. Nasic-Analyst Gray bekräftigte: „Das Phänomen der nichtmenschlichen Intelligenz ist real.“ Mehrere ehemalige Kollegen Gruschs bürgten gegenüber „The Debrief“ zudem für die Verlässlichkeit des Ex-US-Agenten. ……

https://www.stern.de/panorama/ufo-whistleblower---usa-in-besitz-von-ausserirdischen-fahrzeugen--33537180.html 7.6.2023

Whistleblower: US-Regierung im Besitz von "intakten außerirdischen Fahrzeugen"

Die Diskussion um Ufos in den USA flammt erneut auf. Ein ehemaliger Mitarbeiter des Verteidigungsministeriums erklärte in einem Interview, die Regierung sei im Besitz von außerirdischen Fahrzeugen und würde dem Senat diese Informationen vorenthalten. ……

Seine Aussagen sind ein gefundenes Fressen für alle, die nicht nur davon überzeugt sind, dass außerirdisches Leben existiert, sondern auch, dass die US-Regierung schon seit langer Zeit nicht-menschliche Materialien besitzt und oder damit forscht und arbeitet. …..

https://www.theguardian.com/world/2023/jun/06/whistleblower-ufo-alien-tech-spacecraft 6.6.2023

US urged to reveal UFO evidence after claim that it has intact alien vehicles

Whistleblower former intelligence official says government possesses 'intact and partially intact' craft of non-human origin. ……..

https://www.fastcompany.com/90906378/report-high-level-intelligence-sources-claim-the-pentagon-holds-remains-of-alien-spacecraft?partner=rss&utm_source=rss&utm_medium=feed&utm_campaign=rss+fastcompany&utm_content=rss 7.6.2023

Report: High-level intelligence sources claim the Pentagon holds remains of alien spacecraft

The wild claims were reported by reputable journalists. However, some advocates for studying UAP caution that the story is hearsay without direct proof. ……

https://theconversation.com/alien-spacecraft-allegations-suggest-the-pentagon-has-approved-conspiracy-theories-about-itself-207205
8.6.2023

Alien spacecraft allegations suggest the Pentagon has approved conspiracy theories – about itself

Claims the US government has secretly retrieved crashed alien spacecraft and their non-human occupants are hardly new. They are firmly entrenched in post-war American UFO lore and conspiracy theory, inspiring the most famous narrative in ufology: the "Roswell incident".

Now, however, journalists Leslie Kean and Ralph Blumenthal have injected fresh vigour into these ageing claims – apparently with the Pentagon's approval. ……

https://www.welt.de/politik/deutschland/article245729788/AfD-Menschenrechtsinstitut-sieht-Voraussetzungen-fuer-Parteiverbot-als-erfuellt-an.html 7.6.2023

Menschenrechtsinstitut sieht Voraussetzungen für AfD-Verbot als erfüllt an

Das Deutsche Institut für Menschenrechte hat Argumente für ein Verbotsverfahren der AfD gesammelt. Die Partei verschiebe die „Grenzen des Sagbaren", zudem verfolge sie klar rassistische und rechtsextreme Ziele. Das Institut wird aus dem Haushalt des Bundestags finanziert.

Das Gutachten sei keine Empfehlung, sondern eine Materialsammlung heißt es. Dennoch kommt das Deutsche Institut für Menschenrechte (DIMR) in seiner aktuellen Publikation zu einem klaren Urteil: Es sieht die Voraussetzungen für ein Verbot der AfD als erfüllt an.

In der Analyse des Instituts, das den gesetzlichen Auftrag zur Prävention von Menschenrechtsverletzungen hat, heißt es, die Partei gehe „zur Durchsetzung ihrer rassistischen und rechtsextremen Ziele" aktiv und planvoll vor. Beispielsweise arbeite die AfD daran, „die Grenzen des Sagbaren und damit den Diskurs so zu verschieben, dass eine Gewöhnung an ihre rassistischen national-völkischen Positionen – auch im öffentlichen und politischen Raum – erfolgt".

Insgesamt bemühe sich die Partei darum, die in Artikel 1 des Grundgesetzes verankerten Garantien zu beseitigen. Dort heißt es: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt."…….

Der Autor der Analyse, Hendrik Cremer, betonte, das Institut spreche sich nicht für einen Antrag auf ein Parteiverbot aus. Es gehe dem DIMR vielmehr darum, eine „Leerstelle" in der gesellschaftlichen und juristischen Debatte zu füllen. „Wir empfehlen den Antragsberechtigten laufend Material aufzubereiten, um auch handlungsfähig zu sein", fügte er hinzu.

Das DIMR wird aus dem Haushalt des Bundestags finanziert, bei einzelnen Projekten auch aus Drittmitteln, und bezeichnet sich auf seiner Homepage

als „nur den Menschenrechten verpflichtet und politisch unabhängig". Das Institut ist als gemeinnütziger Verein organisiert. ……..